

Abonnements:
Monatlich 50 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spalte Zeitungslohn 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postkontos 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.—
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 24

Samstag den 29. Januar 1916

27. Jahrgang

Der Feldzug in Albanien.

Amerikanische Vorschläge für den Unterseeboothkrieg.

Gewerkschaften und Parteistreit.

Von August Winnig (Hamburg).

Je mehr sich der Konflikt in der Partei zuspitzt, um so weniger wird es den Gewerkschaften möglich, noch länger einer blühenden Stellungnahme zu den hiermit aufgeworfenen Fragen auszuweichen.

Die Gewerkschaften sehen sich heute in diesem Konflikt von zwei Gefahren bedroht. Auf der einen Seite droht die Spaltung der Parteiorganisationen, auf der anderen die Aufgabe der bisherigen Stellung der leitenden Parteiführer zu den großen politischen Fragen der Gegenwart. Nach dem Verhalten der Minderheit wird man annehmen müssen, daß sie, wenn es ihr nicht gelingen sollte, auf dem nächsten Parteitag die Mehrheit zu erlangen und damit die von ihr geforderte taktische Schwächung durchzuführen, die Spaltung der Partei herbeiführen wird. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Minderheit sind lediglich opportunistischer Art. Die einen sehen heute bereits in der Spaltung den einzigen Weg zu einer sie befriedigenden Lösung. Andere, darunter auch der „Vorwärts“, wollen erst den Kampf mit der Mehrheit austragen und seinen Ausgang abwarten. Ist er ihnen ungünstig, so werden auch sie zur Spaltung schreiten. Die Spaltung ist also nach den bisherigen Minderheitsvorschlägen sicher, wenn die Parteimehrheit bei der heutigen Taktik bleibt. Sie scheint nur für den Fall vermeintbar, daß sich eine Mehrheit für die Abkehr von der jetzigen Taktik entscheidet.

Man muß der Minderheit zugestehen, daß sie ihren Kampf kühn und rücksichtslos zu führen weiß; indem sie den Trumpf der Drohung mit dem Zerreißen der Parteieinheit aufspielt, stellt sie die Partei vor die Wahl: entweder Abschwächung zur unfruchtbaren Politik der Phrase oder Zerstörung der Parteieinheit. Sicherlich hofft sie, daß dies Dilemma einen Teil der heutigen Mehrheit bestimmen wird, die Ueberzeugung zugunsten der Einheit zu opfern und lieber bewußt eine falsche und verderbliche Politik einzuschlagen, als es auf die Spaltung ankommen zu lassen. Die Taktik der Minderheit ist skrupellos kühn, aber ob sie Erfolg hat, darf man mit Zug bezweifeln. Es kommt darauf an, ob sich die Masse der Mehrheitsanhänger dieser Vorgehensweise unterwerfen wird, oder ob nicht die Empörung über dies triviale Spiel Wirkungen auslöst, die weitab vom Ziele der Minderheit liegen.

Für die Gewerkschaften ist die Situation ernst. Kommt es zur Spaltung, so kann es bei der geistigen Einheit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung nicht ausbleiben, daß der politische Meinungsstreit seine Wellen auch in die Gewerkschaften wirft. Schon heute melden sich die ersten Leisen Schläge an. Man mag annehmen, daß die Notwendigkeit der geschlossenen Kampffront in den gewerkschaftlichen Aktionen so fest im Bewußtsein der deutschen Arbeiter verankert sei, daß die Bestrebungen spaltungsfreudiger Genossen entscheidende Abweichung erfahren würden. Man mag weiter der Zukunft sein, daß es, insbesondere den Wortführern der heutigen Minderheit, nicht gelingen wird, den alten gefestigten Zentralverbänden lebensfähige Sonderorganisationen entgegenzustellen; beweist doch das Schicksal der ehemaligen Sozialisten, daß in Deutschland kein Boden für die sozialistische Phrase vorhanden ist. Aber es bleibt für unsere Gewerkschaften immer die Gefahr bestehen, daß der politische Streit ihren Zusammenhalt lockert und ihren Aktionen die Macht der Geschlossenheit nimmt. Und diese Gefahr ist schon groß genug.

Kein Zweifel, daß die Gewerkschaften jetzt zu erwägen haben, wie sie dieser Gefahr wehren können. Aber auch kein Zweifel, daß die Gewerkschaften in der Wahl ihrer Entscheidung nicht völlig frei sind.

Vor allem können die Gewerkschaften eines nicht, nämlich nicht tatenlos zusehen, wie die Minderheit drauf und dran ist, die Gewerkschaftsmittel auf ihre Seite zu bringen. Denn die Sache der heutigen Minderheit kann nie und nimmer die Sache der Gewerkschaften sein. Die Wortführer der Minderheit haben den Gewerkschaften immer mit abnehmendem Mißtrauen gegenübergestanden. Die Gewerkschaften haben sich seit einigen Jahrzehnten daran gewöhnt und damit abfinden müssen, daß sie jeden Fortschritt in ihrem Wesen und ihren Methoden ohne und oft gegen diese Gruppen von Genossen durchleben mußten. Ob es sich um den Ausbau des Unterbewusstseins, ob es sich um die Annahme der tariflichen Regelung des Arbeitsverhältnisses handelte, immer stießen sie auf Argwohn und Widerstand der Parteigenossen, die wir heute im allgemeinen als die Wortführer der Minderheit sehen. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Hebung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen, die Besserung der rechtlichen Stellung der Arbeiterklasse, ihre

Methode ist der Kampf gegen die sozialen Mächte der Arbeiter, die aus der bestehenden Eigentumsordnung fließen, ist der planvolle Aufbau einer Arbeitermacht, eines Arbeiterrechts, einer Arbeiterkultur. Ihre Arbeit besteht in der Beseitigung schädlicher, in der Aufstellung besserer Taktiken. Sie kämpfen nicht um des Kampfes willen, nicht zur Befriedigung eines vagen Oppositionsbedürfnisses, sondern um tatsächliche Fortschritte. Der Widerstand ist der Kampf, die Opposition, die Kritik das höchste; was danach folgt, läßt sie wohl nicht kalt, ist aber für sie sehr viel weniger wichtig.

Die Gewerkschaften müssen ihres ganzen Wesens wegen zur Politik der Parteimehrheit stehen, sie können niemals eine Politik, wie sie die Minderheit will, gutheißen oder gar unterstützen.

Diesen Standpunkt haben sie bis jetzt eingenommen, sie können ihn auch für die Zukunft nicht aufgeben. Davon muß die Spaltung der Gewerkschaften zum Parteikonflikt ausgehen — der Gewerkschaften, nicht etwa nur der Gewerkschaftsmittelglieder in der Partei, wie gegen eine sonderbare Konstruktion des „Vorwärts“ gesagt werden muß, der den Gewerkschaften kürzlich schändlich das Recht absprach, in dieser Streitfrage überhaupt den Mund aufzutun. Während wir sonst gewohnt waren, die Gewerkschaften als einen der Hauptzweige des gemeinsamen Stammes der deutschen Arbeiterbewegung behandelt zu sehen, entdeckt der „Vorwärts“ jetzt plötzlich, daß dieser den Lebensnerv der Arbeiterbewegung berührende Konflikt die Gewerkschaften überhaupt nichts angehe. Das „Zentralorgan“, das sich bei der Beurteilung des Disziplinbruchs der Zwanzig mit wegwerfender Handbewegung über den „beschränkten Formalismus“ der Disziplin hinwegsetzte, will in dieser Frage, in deren Lösung sich alle Energien der Arbeiterbewegung zusammenbringen, mit Lüfteln über reformtätige Kompetenzen ein kindliches Spiel treiben. Selbstverständlich werden sich die Gewerkschaften dadurch nicht abhalten lassen, zu tun, was jetzt ihre geschichtliche Aufgabe ist!

Die Gewerkschaften werden mit Nachdruck aussprechen, daß sie keine andere Politik als die der heutigen Mehrheit gutheißen und unterstützen können. Sie werden das tun, weil sie es müssen. Gewiß werden sie es der Partei überlassen, auf ihrem Parteitag das Urteil über die bisherige Politik zu sprechen und die Richtlinien der künftigen Politik zu ziehen. Aber gleichviel, wie diese Entscheidungen fallen mögen, — sie können die Gewerkschaften nicht zu einer grundsätzlich anderen Haltung bewegen. Der Entschluß der Gewerkschaften für die tatkräftige Unterstützung der Nation in ihrem Kampfe um Sein oder Nichtsein war kein „Zufallsbeschluss“, er war der zwangsläufig gegebene Ausdruck ihres inneren Wesens und ihrer Arbeitsmethoden. Daran ist nicht zu rütteln, nichts zu ändern.

Fraglich ist nur — und nur darum geht die Entscheidung —, wie sich das künftige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gestalten wird. Eine Rolle zu spielen, wie sie die Wortführer der Minderheit den Gewerkschaften zumuten, dazu haben diese sicherlich keine Neigung. Der Sieg der Minderheit würde die Gewerkschaften höchstwahrscheinlich zwingen, in parteipolitischen Fragen völlige Entschlossenheit zu üben und aus sich selbst heraus Methoden und Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen in Gesetzgebung und Verwaltung zu entwickeln. Wer aus innerer Ueberzeugung die geistige Einheit zwischen Sozialismus und Arbeiterklasse, wie sie bisher in Deutschland in vorbildlicher Weise bestand, für notwendig hält, würde eine solche Entwicklung aufs tiefste bedauern müssen. Aber sie wäre die unausbleibliche Folge eines Sieges der Minderheit.

Oben darum werden die Gewerkschaften im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung ihr Wort für die Politik der Mehrheit in die Waagschale legen.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 28. Jan. (B. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In dem Frontabschnitt von Reuville wurden Handgranatengriffe der Franzosen unter großen Verlusten für sie abgeschlagen. Einer unserer Sprengtrichter ist in der Hand des Feindes geblieben. Die Deute am 28. Januar hat sich um vier Maschinengewehre und zwei Schandenmaschinen erhöht.

Vielfache Beschädigung von Ortschaften hinter unserer Front durch die Franzosen beantworteten wir mit Feuer auf Reims.

Bei Höhe 285 nordöstlich von La Chalade besetzten unsere Truppen nach Kampf einen vom Feinde gesprengten Trichter.

Ueber einen nächtlichen feindlichen Luftangriff auf die offene Stadt Freiburg liegen abschließende Meldungen noch nicht vor.

Im englischen Unterhause sind über die Ergebnisse der Luftgefechte Angaben gemacht worden, die am besten mit der folgenden Zusammenstellung unserer und der feindlichen Verluste an Flugzeugen beantwortet werden. Seit unserer Veröffentlichung am 6. Oktober 1915, also in dem Zeitraum seit dem 1. Oktober 1915, sind an deutschen Flugzeugen an der Westfront verloren gegangen:

im Luftkampf	7.
durch Abschuß von der Erde .	8.
vermisst	1.
im ganzen	16.
Unsere westlichen Gegner verloren in dieser Zeit:	
im Luftkampf	41.
durch Abschuß von der Erde 11,	
durch unfreiwillige Landung	
innerhalb unserer Linien . 11,	
im ganzen	63.

Es handelt sich dabei nur um die von uns mit Sicherheit festzustellenden Zahlen der in unsere Hand gefallenen feindlichen Flugzeuge.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Weiter südlich von Widsch (südlich von Danaburg), sowie zwischen Storch und am Styr fanden kleinere Gefechte statt, bei denen wir Gefangene machten und Material erbeuteten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 28. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Amtlich wird veröffentlicht: 28. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Zaporozh an der bessarabischen Grenze überfielen heute früh Abteilungen des mittelgalizischen Infanterie-Regiments Nr. 106 eine russische Vorfeldstellung, eroberten sie im Handgemenge, warfen die russischen Gräben zu und führten einen großen Teil der Besatzung als Gefangene ab.

Somit nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Von den gewöhnlichen Artilleriekämpfen und kleineren Unternehmungen abgesehen, verlief der gestrige Tag ohne Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen haben nun auch die Gegend von Gulinje besetzt und rücken auch hier nirgends auf Widerstand. Die Entwaffnung des montenegrinischen Heeres nähert sich ihrem Abschluß.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Die Unterwerfung Montenegros.

Berlin, 28. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Wenn es für den großen Eindruck, den die Begabung Montenegros durch unsere Verbündeten auf die Gegner hervorgerufen hat, noch eines Beweises bedurfte, er wäre durch den ungeheuerlichen Lügenfeldzug gegeben, den die Regierungen von Rom, Paris, London und Petersburg in der ihnen dienenden Presse in der montenegrinischen Sache führen. Allen diesen Lügennachrichten gegenüber, denen die Berichte der verschiedenen in Feindesland residierenden Konsuln die Krone aufsetzen, wird von berufener Seite zusammenfassend folgendes mitgeteilt:

Am 11. Januar besetzten die Oesterreichisch-ungarischen Truppen den Lovtschen. Am 13. Januar richtete König Nikolaus an Kaiser Franz Josef ein persönliches Hand schreiben, in dem er um einen Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen bat. Eine Bitte gleichen Inhalts

ging, unterzeichnet von allen montenegrinischen Ministern, an die österreichisch-ungarische Regierung. Auf Grund der Erfahrungen, die die Donaumonarchie mit den unruhigen südbalkanischen Nachbarn zu verschiedenen Zeiten, zuletzt in der Titankrise im Jahre 1913 gemacht hatte, und in Erwartung des Gegenstands, der seitens der feindlichen Großmächte zweifellos eintreten mußte, war es klar, daß jeder Friedensverhandlung mit Montenegro die bedingungslos zugestandene Waffenstreckung durch das montenegrinische Heer vorausgehen hätte. In diesem Sinne wurde das montenegrinische Angebot beantwortet. Die Regierung erklärte nicht, am 16. Januar die Forderung bedingungsloser Waffenstreckung formell anzunehmen. Am 17. Januar nachmittags traf die Abgesandten der montenegrinischen Regierung zur Regelung der Entwaffnungsaktion in der mittlerweile von I. und K. Truppen besetzten Hauptstadt Cetinje ein. Verschiedene Schwierigkeiten, die sich bei der Bedingung der nebenstehenden Einzelheiten ergaben, ließen es am 22. Januar nicht möglich erscheinen, noch vor dem Abschluß der Vereinbarungen den Vormarsch in das Innere Montenegros fortzusetzen und die montenegrinischen Abteilungen dort zu entwaffnen, wo man sie eben traf. Der Wiener Generalstabbericht sagt darüber: „Eine solche, durch militärische Gründe, sowie die Eigenart des Landes und der Bevölkerung bedingte Lösung wird am raschesten dem seit langen Jahren vom Krieg heimgesuchten Montenegro den Frieden wiedergeben vermögen.“ Die österreichisch-ungarischen Kolonnen besetzten, gestützt auf Erfahrungen, die in den Feldzügen in den Jahren 1869, 1878 und 1882 in diesem Bitterniedel Europas gemacht wurden, schon zwei Tage später nebst Titari die durch die Städte Nikitch, Danilovgrad, Podgorica gekennzeichnete Hauptader des Landes, ohne daß irgendwo ein Schuß fiel. Auch die Waffenablieferung ging bis in die entlegensten Gebiete völlig glatt und ohne daß der geringste Widerstand geleistet wurde, vor. Das montenegrinische Volk ist kriegerisch über alle Maßen und kennt nur einen Wunsch: Protz! Alle Schilderungen über neue Kämpfe, verzweifelte Durchbruchversuche montenegrinischer Heeresteile, Neuorganisationen des Widerstandes und dergleichen mehr, sind von Anfang bis zu Ende freie Erfindung.

Mit der Befehung des ganzen Landes durch die österreichisch-ungarischen Streitkräfte und der Entwaffnung des montenegrinischen Heeres ist sich ihrem Abschluß nähert, ist das militärische Ziel des österreichisch-ungarischen Feldzuges in Montenegro erreicht. An diesem Erfolg, worauf es im Kriege allein ankommt, kann auch das seltsame Verhalten des alten Königs, der zuerst die Gnade des Kaisers von Österreich anrief, dann aber doch den Einflüssen aus Rom und andern feindlichen Hauptstädten unterlag, nicht das geringste ändern. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärte, daß sie geneigt sei, nach Unterfertigung des Entwaffnungsvertrages montenegrinische Friedensunterhändler zu empfangen. Ob solche Unterhändler kommen werden, und ob es überhaupt eine Regierungsgewalt gibt, die solche Unterhändler zu entsenden vermag, das ist vielleicht für Montenegro und seine Dynastie von Interesse, kann aber Österreich-Ungarn völlig gleichgültig sein. Das Land der Schwärzen Bonas ist bezwungen, seine Truppen entwaffnet, das montenegrinische Heer aus der Reihe unserer Feinde verbannt. Die Montenegriner werden ihren Frieden erhalten, auch ohne den König, der sie in ihrer schwersten Stunde verlassen hat.

Die Waffenstreckung

erfolgt unter folgenden Bedingungen: Jeder Montenegriner liefert die bei sich befindlichen Waffen und dergleichen in nachstehenden Orten ab: Podgorica, Nikitch, Danilovgrad, Zablato, Andrejivica, Goranovo. Die montenegrinische Regierung trägt die Verantwortung, daß niemand der Ablieferung fernbleibt. Durchführung der Hauptfahne binnen drei Tagen, die kommunikationsarmen Gebirgsgegenden längstens sechs Tage nach Unterzeichnung des Protokolls. Alle österreichisch-ungarischen und deutschen Kriegsgefangenen werden am 25. Januar des laufenden Jahres freigelassen und sind in Podgorica dem I. und K. militärischen Kommando zu übergeben. Die montenegrinischen Kriegsgefangenen werden beim Friedensschluß übergeben. Die montenegrinischen Delegierten bitten jedoch, daß ihre Kriegsgefangenen auch schon vor dem Friedensschluß freigelassen werden. Die Verwahrung in Montenegro wird durch die montenegrinischen Behörden aufgehoben. Die

österreichisch-ungarischen Kommandanten können deren Mitwirkung jederzeit in Anspruch nehmen. Die montenegrinischen Delegierten werden zur Kenntnis bringen, wo sich die verantwortliche Regierung Montenegros befindet; dergleichen Ausnahmefälle ist Podgorica.

Auf dem Wege nach Albanien.

Während die Entwaffnung der Montenegriner vor sich geht, nehmen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, die österreichisch-ungarischen Operationen nach Albanien hinein ihren Fortgang. Ob und wie weit der bulgarische Marsch durch Albanien nach der Adriaküste von dauernder politischer Bedeutung sein soll und wird, kann man im heutigen Stadium der Angelegenheit dahingestellt sein lassen. — Die österreichischen und bulgarischen Operationen in Albanien zielen die Erfüllung der Forderungen zu werden, welche dem italienischen Staat und Volk kein Verrat bringen werde.

„Giornale d'Italia“ schreibt in einem Artikel „Die Lage in Albanien“, daß die Österreicher sicherlich ihren Vormarsch von Nikitch nach Durazzo fortsetzen werden. Es ist das die Ansicht, daß im Verlaufe zu dem eventuellen Gewinn zu viel geopfert werden müßte, da nach der Befehung des nördlichen Hinterlandes durch die Österreicher und Ungarn nur geringe Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Voraussichtlich werden also Esad Pascha und das italienische Expeditionskorps ein anderes Gelände zur Verteidigung aussuchen, so daß der Vormarsch des Generals von Roddey bei Durazzo oder weiter unten sein Ende finden dürfte. Unter dem Einfluß, daß die Verteidigung Südbalkanens für Italien mehr als eine militärische und politische Notwendigkeit bilde, meint das Blatt, der vernünftigste Ausweg wäre der, die mit den unmittelbaren Interessen Italiens eng verknüpften Beziehungen mit sicherem Erfolg zu verteidigen, (das heißt: Balona soll zu halten versucht werden. Red.), anstatt dem Feinde die Möglichkeit eines weit bedeutenderen und entscheidenden Erfolges zu bieten.

Das klingt alles sehr wenig zuversichtlich!

Griechenland und die Türkei.

Konstantinopel, 28. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Der griechische Gesandte Kallergas ist heute nachmittags vom Sultan zur Ueberreichung seines Beglaubigungsscheins in feierlicher Audienz empfangen worden.

In einer Ansprache sagte der Gesandte, er sei beauftragt, beim Sultan der Vollmacht der Gefühle hoher Verehrung und tiefer Freundschaft zu sein, welche sein Herrscher persönlich dem Sultan zolle, und der Wünsche, welche er für das Gedeihen des osmanischen Reiches hege. Er, der Gesandte, werde alles, was an ihm liege, für die Erhaltung des Freundschaftsbundes tun, welcher in so erfreulicher Weise zwischen den beiden Ländern bestehe. Er hoffe, bei der Erfüllung dieser seiner Pflichten und der des Königs, sowie der den Institutionen seiner Regierung erscheidenden Aufgabe durch das hohe Wohlwollen des Sultans ermächtigt und durch die wertvolle Unterstützung der osmanischen Regierung gefördert zu werden.

In seiner Antwort erklärte der Sultan, er sei sehr gerührt von den freundschaftlichen Gefühlen, welche der König der Griechen ihm bezeuge, und bitte, an Seine Majestät mit dem Ausdruck des besten Dankes die Versicherung der gleichen Gefühle gelangen zu lassen. Der Sultan fügte hinzu, daß die Tätigkeit des Gesandten, die zwischen den beiden Ländern bestehenden Bande der Freundschaft noch enger zu knüpfen, seine kräftigste Ermunterung und die eifrigste Unterstützung der osmanischen Regierung finde.

Einderungen in Griechenland?

Nach einer Meldung des „Progrès“ aus Athen wurden durch königliches Dekret 50 000 Mann der Jahresklassen 1889, 1890, 1891 einberufen.

Die Wirtschaftslage Italiens.

Artur Dabroia, der im Mai zu den begeisterten Anhängern der Kriegspartei gehörte und auch trotz allem jetzt noch gegen jede Veränderung des Ministeriums protestiert,

setzt in einem Reapeler Blatt die wirtschaftliche Lage Italiens folgendermaßen auseinander:

„Damit muß man jetzt rechnen: Ungeheuer verteuerte Lebenshaltung, private Unterstützung gleich null, gesteigerte Arbeitslosigkeit, verminderte Gehälter. Nach all dem kann niemand leugnen, daß die Stunde eines wirklichen Eingriffs in die Lebensmittelpolitik für unsere Regierung geschlagen hat. Man kann annehmen, daß zweifellos die Regierung sich mit diesen Fragen befaßt hat, leider zwingen uns aber Tatsachen zu der Annahme, daß unsere Verbündeten — und vor allem England — sich über die ökonomische Lage unseres Landes nicht genügend Rechenschaft ablegen. Die enorme Verteuerung der Kohle, des Getreides, der Baumwolle, des Eisens rührt hauptsächlich von den ungeheuren, den Konsumenten aufgebürdeten Transportkosten her. Es scheint sogar, daß in einigen Städten wegen der Erhöhung der Kohlenpreise die Beleuchtungsunternehmen vor dem Bankrott stehen. Wenn es sich darum handelt, unseren Markt unter ungünstigeren Bedingungen zu versorgen, so scheint die englische Regierung auf diesem Ohr taub zu sein. Es wäre notwendig, daß die in Italien lebenden englischen Konsuln ihre Regierung über die Stimmung informieren, die allmählich in Italien gegen England um sich greift. Die Stunde, die Wahrheit zu sagen, ist gekommen. Die öffentliche Meinung Italiens will nicht zugeben, daß der Krieg ein Mittel ist, England zu bereichern. Die italienischen Kreise sind denen Deutschlands und Österreichs sehr ähnlich, trotzdem unser Land sich in Gemeinschaft mit den andern Verbündeten der Entente der sogenannten Herrschaft der Meere erfreut. Und die Ursache?

Es tut mir leid, sie zum Teil in der Eier der französischen und vor allem der englischen Exporteure sehen zu müssen.“

Russische Sorgen.

In Bessarabien.

Aus Bukarest meldet der „Bester Abend“, daß aus Bessarabien über neue russische Truppenbewegungen berichtet werde. So sollen in Jsmail, Witrow und Reutina Truppen aus Odessa eingetroffen sein. In Valceanca ist zahlreiche Brückenmaterial eingetroffen zur Anlage von Brücken zwischen Jsmail und Koni. In diesem Punkte werden auch neue Befestigungsarbeiten ausgeführt. Die Russen, die vor einigen Monaten den Nilsaum der unteren Donau verstopften, arbeiten jetzt an seiner Freilegung.

Japanische Vormünder.

Von Versonen, die in der letzten Zeit Rußland besucht haben, erzählt das Bukarester Blatt „Aberul“, daß sich die gesamte russische Industrie in japanischen Händen befindet, ebenso wie die Geschäftebetriebe von japanischen Technikern geleitet werden. Die Eisenbahnlinie Wladivostok-Petersburg werde von japanischen Soldaten unter dem Befehl japanischer Offiziere bewacht. In den Truppenübungsplätzen seien nahezu ausschließlich japanische Offiziere als Lehrmeister.

Zur Brotfrage in Polen.

Russisch-Polen kam schon in Friedenszeiten mit eigenem Getreide nicht aus und führte daher russisches Getreide und Mehl ein. Nebenbei bemerkt, lieferte auch Deutschland, dank dem bestehenden Schutz Zoll, nach Polen Getreide, das es seinerseits aus Rußland bezog. Der Krieg und die Requisitionen haben das Land stark erschöpft, und so erklärt es sich, daß die für den Verbrauch der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Getreidemengen knapp und unzureichend sind. Die Versuche zur Einfuhr russischen Getreides auf Umwegen scheiterten bis jetzt hauptsächlich an dem Widerstande der russischen Regierung, die immer noch im Wahn ist, Deutschland durch den Ausfuhrungsplan kleinzutreten. Angewiesen hungern aber „die lieben Polen“. Von den Führern des Bürgerkomitees in Warschau ist nun in Petersburg ein Memorandum über die Versorgungsfrage eingetroffen. Die Polenführer weisen auf die zureichendste Regelung der Brotfrage in Belgien durch amerikanische Zufuhren hin und betonen, daß eine ähnliche Organisation auch für Polen geschaffen werden muß. In dem Memorandum wird weiter

nicht zu bemerken, wie sollten uns „Holg“ nur an uns selber halten! Wir haben im Gegenteil kaum wichtigere politische Aufgaben, als gerade die, die andern zu versetzen.

Frankfurter Theater.

Deutsche Uraufführung von Strindbergs „Engelbrecht“.

Es ist nicht leicht, sich in die Welt Strindbergischer Gedanken und Empfindungen einzuleben. Wenn nun gar noch der Vorwurf schwedischer Geschichte des 13. Jahrhunderts und eine einzelne Episode daraus ist, so müht den Zuhörer zuerst alles recht fremdartig an. Unsere Geschichtsbücher erzählen nichts von Engelbrecht und seiner Rot. Wir spannen alle Kräfte an, um die inneren und äußeren Zusammenhänge zu erfassen. Dennoch gehen wir unbefriedigt nach Hause, mit dem Gefühl, daß uns etwas nicht klar geworden ist. Dabei birgt die Episode schwedischer Geschichte, die Strindberg dramatisiert unter dem Namen „Engelbrecht“ auf die Bühne bringt, gar keine Verworrenheiten. Im Gegenteil, in markigen großen Zügen schrieb damals das Volk die Geschichte Schwedens.

Durch die kalmarische Union, das Werk Margaretens von Dänemark, der Königin des Nordens, wurden im Jahre 1397 die drei Reiche des Nordens, Dänemark, Schweden und Norwegen unter einer Regierung vereinigt. Diese wurde einem Verwandten Margaretens, dem Erich von Wommern, übertragen. Die Vereinigung der drei Reiche sollte lediglich eine Personal-Union mit Verpflichtung zu gegenseitiger Wehrhilfe darstellen, die herkömmlichen Rechte und Verfassungen in jedem Lande bestehen bleiben. Eine Weile ging die Sache gut. Als aber König Erich in langwierige Kriege mit den Deutschen sich verwickelte, änderte sie sich. Denn aus Eifersucht auf die Deutschen waren die drei Reiche bereit, ein unionsmäßiges Aufgebot an Mannschaften zu bewilligen, jedoch die ihnen infolge des Krieges aufgebürdeten Steuerlasten führten zu Unzufriedenheit, schließlich zu Aufbruch und Empörung. Der Krieg hob die Macht des Adels, dem sich schließlich der König selbst beugen mußte. Einen forum-pierten Adel und Alerus stand eine verzerrte Bauernschaft gegenüber, die der Willkür despotischer Vögte preisgegeben war. Als schließlich die Zustände unerträglich geworden

Seuilleton.

Vom Wert des Studiums fremder Länder und Völker.

Das zweite Jahrgangsheft des „Deutschen Willens“ (Kunstwart) bringt einen größeren Aufsatz über den „Diplomaten“ und seine Beurteilung. Wir geben daraus die folgenden beachtenswerten Stücke über das Studium der Völkergeschichte und -soziologie wieder:

Wodurch man sich nun über die europäische, oder besser über die Weltlage unterrichtet? Das einzige Mittel hierzu ist das Studium fremder Länder und Völker. Nicht nur ihre Geschichte ist da wesentlich. Die Geschichte ist oft vieldeutig. Sehr reichend gibt Wissen Prof. Soles, eines englischen Geschichtsschreibers, Predigt an die Engländer wieder: sie verstanden ihre eigene Geschichte nicht; das Wesentliche daran sei nicht etwa, wie man das doch allgemein darstelle, die Entwicklung der politischen Formen und der kleinen europäischen Konflikte, das Wesentliche seien die Zeitabschnitte der jahrhundertelangen Entwicklung des großbritischen Imperiums. Ein Beispiel dafür, daß Kenntnis der geschichtlichen Vorgänge noch nicht ihre politische Klammer und richtungweisende Deutung in sich schließt. Gekannt habt ihr eure Geschichte, so ruft Soles den Engländern zu, aber ihr habt sie nicht verstanden. Die Deutung der Geschichte ist nun, das kann kein Denker bestreiten, ein Feld für Einführung, für das Geschick zu innerer Anpassung und unabweisbarer Auslegung von Tatsachen. Nicht einmal über Tatsachen aber einigt sich die Geschichtswissenschaft so leicht. Die Entstehung des 1870er Krieges wird heute noch von deutschen und französischen Geschichtsschreibern dargestellt, noch größer sind die Meinungsverschiedenheiten über die Entstehung des napoleonischen Krieges. Von der Entstehung des jetzigen Weltkrieges ganz zu schweigen! So erscheint es nur natürlich, daß über die großpolitischen Ziele der Völker, die sich ja nie vereinigen, über die es keine „Allianz“ gibt, die stets nur im Hintergrunde der Handlungen stehen und die großenteils unbewußt sind, noch weniger wissenschaftliche Erkenntnisse möglich ist. Dies ist eine der wichtigsten Tatsachen für denjenigen, der über Diplomaten urteilen will. Die Diplomatie jedes Landes steht natürlich auf dem Boden einer bestimmten Geschichtsdeutung und im Zusammenhang damit einer bestimmten

Befehung, die wieder mit der inneren Landespolitik eng zusammenhängt. Das ist genau zu beachten. Denn so gesehen erblicken die meisten Urteile über Diplomaten nicht nur etwas schlichtes Subjektives und Unabweisbares. Nein: viele rufen, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, etwas wie Richtungen nach, weil auch sie, die Urteile, nicht von objektiv-faktischen Gründen, sondern von politischen Wünschen bestimmt erscheinen: der Kritiker deutet die großpolitische Lage anders als der Kritisierte und setzt daher andere innere und äußere Ziele, er wünscht nicht innerhalb der politischen Gesamtaufassung des kritisierten Diplomaten ein anderes diplomatisches Gebahren, sondern er wünscht eine andere Gesamtaufassung. In ähnlicher Weise werden oft einzelne Richter ausgesprochen, wenn man eigentlich unser Recht, unsere Gesetzgebung „meint“, welche die Rechtsauffassung unserer Richter bestimmen. Man sollte im Gespräch jeden Kritiker der Diplomatie zwingen, seine Auffassung der Gesamt-Weltlage deutlich auszusprechen; die Erörterungen über Diplomatie würden dadurch an persönlicher Stärke verlieren. Die Willkür der Kritiker unserer Diplomatie aber würde sich sehr verringern.

Dah, trotz alledem, wer immer auf politische Bildung ausgeht, nicht allein auf subjektive Deutung der geschichtlichen Vorgänge angewiesen ist, soll aber gerade hier betont werden. Einen in sehr tiefen Hallen possenden Schlüssel stellt vor allem die Kenntnis der Gegenwart dar, die Kenntnis der politisch wirksamen Mächte eines Landes, und die läßt sich durch soziologische Studien, sei es durch Augenzeugen, sei es durch Bücherstudium, erwerben. Denn die politische Lage hängt nicht als abstrakte Theorie irgendwo in einem Petersburger oder Londoner Museum aufbewahrt, sondern sie ist ein Erlebnis der Völker, mindestens ihrer einflussreichen Führer. Sie ist ein sehr lebendiges wirtschaftliches oder moralisches Wesen und Denken Tausender und Tausender. Das innerpolitische Gebahren, ja sogar das persönliche Auftreten dieser Volksführer wird mitbestimmt vom dem Lebensgefühl, das aus dem inneren Verhältnis zu den großpolitischen Zielen eines Reiches sich für den Einzelnen ergibt. Das Herrliche, Ueberlegene des Engländer ist ein Anzeichen seines vieldeutigen „unbewußten“ imperialistischen Fühlens, das Minde-Nationalismus des Russen begründet seine imperialistische Herrschaft, die Weltfremde des Deutschen geht auf seine großpolitische Absichtlichkeit zurück. Die Völkergeschichte, richtig aufgefaßt, wird zu einer politischen Hilfswissenschaft höchsten Ranges. Wie unklar der im Kriegsausbruch landläufige Gedanke: wir brauchen uns um das Verstehen der andern